

Volkstimme

Einzelnummer 30 Pf.

Sozialdemokratisches Organ für den Bezirk Halle

Redaktion: Halle a. S., Gr. Brunnstr. 17.
Fernr. 6802, Sprechstunde täglich von 11-12

und sämtliche Unterbezirke (Kreise) im Reg.-Bez. Merseburg. Erscheint täglich außer Sonn- und Feiertagen in Halle a. S., Sonnabends mit der illustrierten Beilage „Volk und Zeit“, sowie wöchentlich abwechselnd: „Die Frauenwelt“ und „Für die arbeitende Jugend“.

Verlag u. Expedition: Halle, Gr. Ulrichstr. 27.
Fernr. 5407, Postfachkonto Erfurt Nr. 1192

Nr. 131

Bezugspreis: Durch Kurträger zugehelt monatlich 6,00 Mk., einschließlich Porto. Für Abnehmer 5,50 Mk. Durch Postweg im Vierteljahr 18,- monatlich 6,00 Mk. einschließlich Porto.

Halle, Mittwoch, den 8. Juni 1921

Anzeigenpreis: Im abgeteilt. Anzeigen kostet das Millimeter 60 Pf., desgleichen Ankündigungen in der ersten Spalte 2,50 Pf., Schluss der Anzeigen-Kammas für die nächste Ausgabe morgens 9 Uhr.

5. Jahrgang

Eine neutrale Zone in Oberschlesien.

600 Maschinengewehre in München abgegeben. — Wie für Offiziere gesorgt wird. — Das englisch-deutsche Schiedsgericht tagt. — An die Metallarbeiter.

Wie der „Vorwärts“ meldet, beginnt sich die Bildung einer neutralen Zone in Oberschlesien zwischen den polnischen und deutschen Streitkräften zu vollziehen. Im Norden haben englische Truppen Rosenberg besetzt. Im Süden ist ein Bataillon Italiener in Skarmitz eingerückt. In der Mitte der Front schieben sich englische und französische Truppen zwischen deutschem Selbstschutz und polnischen Infanteristen. Dadurch ist es wohl auch zu erklären, daß während eines Gelechts zwischen Selbstschutz und Polen bei Ralimow drei verwundete und sieben unverwundete Franzosen durch den deutschen Selbstschutz gefangen genommen wurden. Die Franzosen wurden sofort dem nächstliegenden französischen Kommando zur Verfügung gestellt.

Die polnischen Kampfinnien bestehen fast nur noch aus Kongregationen, darunter zahlreichen geschlossenen Verbänden und aktiven Formationen der polnischen Armee.

Die schwerbedrängte Stadt Ratibowitz hat an die Kulturnationen einen Hilferuf gerichtet, in dem es heißt: Die Not ist uns ungeheuer tiefgehend. Heute wieder ohne Wasser. Die Lebensmittel gehen zur Neige. Der Stadtkommandant hat es mit seiner militärischen Ehre unvereinbar erklärt, daß die Infanteristen die Stadtmittel betreten. Trotzdem ist der Bahnhof, mitten in der Stadt, von den Infanteristen besetzt worden. Wir müssen sofortige Nachhilfe verlangen, ob und wann Entlass der Stadt zu erwarten ist. Schwere Leiden infolge Verwundung der Bevölkerung unermesslich.

Gesellschaft so rechtzeitig abzuliefern, daß die von der Internationalen Militärkontrollkommission vorgeschriebenen Fristen eingehalten werden können.

Die „Frankf. Zeitung“ kann dazu mitteilen, daß die Entwaflnung bereits in vollem Zuge sei. Allein in München sind schon etwa 600 Maschinengewehre zur Ablieferung gelangt. Ganz große von der Reichs-Treuhand-Gesellschaft errichtete Sammellager sind über das ganze Land verteilt und ein großer Transportapparat ist in Bewegung gesetzt worden, um die Waffen von überall her so rasch wie möglich den nächsten Sammellagern zuzuleiten. Die Auflösung der Einwohnerwehren wird erfolgen, sobald die Entwaflnung bei den einzelnen Organisationen beendet ist. Eine vorzeitige Auflösung würde die ordnungsmäßige Durchführung der Aktion in Frage stellen.

Umsturz in Sowjetrußland.

In der letzten Zeit haben sich — wieder einmal — in den innerpolitischen Zuständen Sowjetrußlands Anzeichen gezeigt, die gar manchem Westeuropäer, sowie gar manchem russischen politischen Emigranten auf einen bald bevorstehenden Umsturz in Rußland hinzudeuten scheinen. Seit dem letzten kommunistischen Parteitag sind eine Reihe von Dekreten erlassen, in denen das eigene Bekenntnis der Sowjetregierung von der Unhaltbarkeit der ganzen wirtschaftlichen Lage sich klar wieder spiegelt: Ablösung der Getreideveräußerung durch eine Getreidesteuer, Wiedereinführung des freien Handels mit Naturalien für die Bauern, mit einem Teil des Arbeitsprodukts für die Proletariat, Freiheit für landwirtschaftliche Genossenschaften. Hinzu kamen dann die Dekrete über die „Denationalisierung“ in der Industrie, Freiheit für Genossenschaften von Kleinproduzenten, Verbot neuer Nationalisierungen, und zuletzt wurde auch der Plan Lenins bekämpft, Industrieunternehmen mit weniger als 300 Arbeitern ihrem früheren Besitzern zurückzugeben.

Nicht alle Selbstschutzorganisationen aufgelöst.

Berlin, 8. Juni. (WZB.) Die Internationalisierte Militärkontrollkommission hat die ihr überreichte Liste der aufzulösenden Selbstschutzorganisationen für unvollständig erklärt. Die deutsche Regierung erwirbt, daß die Liste nach ihrer Kenntnis sämtliche in Betracht kommenden Organisationen umfasse. Die Landesregierungen seien aber um Nachprüfung ersucht worden, ob sich etwa Organisationen der Verpflichtung zur Auflösung entzogen hätten, die dann jedoch sofort erfolgen werde. Die Auflösung der Einwohnerwehren in Bayern und Ostpreußen ist im Gange.

Lebhaftige Kampftätigkeit der polnischen Infanteristen.

Oppeln, 8. Juni. (WZB.) In Gleiwitz, Rosenberg und in der Gegend von Krappitz und Otmisch sind englische, französische und italienische Truppen ankommen. Die Kampftätigkeit der Aufständischen war auch gestern sehr lebhaft, doch war den zahlreichen Angriffen wiederum kein Erfolg beschieden. Ebenso wie die Beschießungen deutscher Ortlichkeiten durch polnische Artillerie, die an einer Stelle in Größe einer Batterie festgestellt wurde, dauern auch die Ausschreitungen der Infanteristen im Kreise Rosenberg an. Deutscher Selbstschutz besetzte Altkof. Die Aufständischen haben im Mai sehr erhebliche Kohlenmengen unerlaubterweise nach Polen abgefahren.

Das englisch-deutsche Schiedsgericht tagt.

London, 7. Juni. (Reuter.) Das englisch-deutsche Schiedsgericht zur Schlichtung von Streitfällen, die sich aus verschiedenen Artikeln des Friedensvertrages ergeben, behandelte gestern den ersten Fall. Den Vorsitz führte der Schweizer Professor Basel. Mitglieder waren Engländer und Deutsche. Zur Verhandlung kam eine Klage der Great Eastern Railway gegen die deutsche Annoncenexpedition Rudolf Mosse auf 252 Pfund Sterling nebst Zinsen. Das Schiedsgericht setzte die Verkündung der Entscheidung auf Donnerstag vormittag fest.

All diese Zeichen der Zeit werden vielfach als Zeichen nicht nur der wirtschaftlichen, sondern auch der politischen Schwäche der Sowjetregierung aufgefaßt und lösen neue Erwartungen aus. So beschreibt beispielsweise der Rigaer Korrespondent des „Oberer“ die Verpflegung der Verpflegungsstelle in Petrograd und nennt die bevorstehenden 4 Monate bis zur Einbringung der Ernte die kritischsten Monate seit Beginn der Revolution. Das Realer Organ der Sozialrevolutionäre, das von M. Tschernow herausgegeben „Kardobno Delo“, aber stellt ganz und gar kein Erscheinen ein unter dem Himmel, daß die geänderte politische Lage gebieterisch verlangt, die ganze Energie nach einer anderen Seite zu richten. Wir werfen die Feder beiseite und gehen in eng geschlossenen Reihen zum letzten Kampf um die großen Ideale unserer Partei.

Kraffin in London.

London, 7. Juni. (WZB.) Im Unterhause wurde mitgeteilt, daß Kraffin nach London zurückgekehrt ist und daß er auf Grund des englisch-russischen Handelsvertrages in England große Einkünfte für Rußland gemacht hat.

Was ist von all dem zu halten? Wir wollen als Antwort auf die Frage unsere Meinung gleich frei herauslegen: Sowohl die wirtschaftlichen Dekrete der Sowjetregierung, wie die politischen Weisungen ihrer Gegner sind mit Vorsicht zu genießen.

Was ist es beispielsweise für eine Sinnlosigkeit, in Punkt 1 der Verordnung vom 17. Mai „weitere Nationalisierungen“ zu verbieten, da alles bereits nationalisiert ist? Und stellen wir uns einmal vor, daß der Leninische Plan, einen Teil der nationalisierten Betriebe ihren früheren Besitzern zurückzugeben, Wirklichkeit werden soll — derartige Verluste werden bereits von verschiedenen Ostministerien vorgenommen mit dem Erfolge, daß die Hersteller um die während der kurzen Zeit der Freiheit erarbeiteten Waren geprellt werden, da diese ihnen requiriert wurden. Wir glauben freilich nicht, daß Lenin einen derartigen Staats„Frei“ im großen Plan. Aber sicher ist es — zumal solange die „Außerordentliche Kommission zur Bekämpfung der Konterrevolution“ bestehen bleibt, daß die Industriellen zu eingeschüchert sind, um von einem solchen Dekret in absehbarer Zeit Gebrauch zu machen. Vorherhand haben die neuen Hoffnungen nur zur Wiederbelebung der — Spekulation — geführt. In Moskau wird zurzeit, nach der Behauptung von Blyom (Wohlfahrter des „Obersten Volkswirtschaftsrates“), sogar in abgebrannten Betrieben, ja in Firmenamen spekuliert.

Protest gegen das Ultimatum an Höfer.

Die deutschen Botschafter in London, Paris und Rom sind, wie wir hören, beauftragt worden, bei diesen Regierungen wegen des Ultimatum der Internationalisierten Kommission in Oppeln an den General Höfer, den Leiter des deutschen Selbstschutzes in Oberschlesien, mündlich eine Protestnote zu erheben. Der Botschafter in London hat dies bereits getan. Eine Note ist, entgegen anderslautenden Meldungen, nicht überreicht worden. Das Ultimatum an Höfer hat die Reichsregierung veranlaßt, bei den alliierten Regierungen noch einmal eingehend gegen die unerbittliche Veräußerung des Verlages nach einem Zurückgehen des deutschen Selbstschutzes mit der Drohung der Auslieferung der ober-schlesischen Städte an die polnischen Infanteristen Einspruch zu erheben.

Der Ausbruch der „Kleinen Entente“.

Brag, 7. Juni. (WZB.) Die Blätter besaßen sich mit dem Befehle des rumänischen Außenministers Take Ionescu in Belgrad, dessen Zweck der Abschluß einer Militärkonvention Rumäniens mit Jugoslawien ist. Sie nennen diese neue Militärkonvention den dritten Grundstein der „Kleinen Entente“. Es ist bemerkenswert, daß Take Ionescu vor seiner Abreise nach Belgrad im Senat über die Beziehungen Rumäniens zur Tschchoslowakei gesprochen hat und erklärte, daß der Allianzvertrag mit der Tschchoslowakei nächstens verabschiedet werden soll.

Freilich ist ferner der Gesamtbetrag der von der Komintern einbringenden Naturalsteuer geringer, als die bisher angeforderten Requisitionen; aber hinter diesen blieben ja die Bauern ohnehin bisher zurück. Vorherhand hat also die „Handelsfreiheit“ auf diesem Gebiete nur zu einem offenen Auftreten der bisherigen Schleißhändler geführt.

Gemäß ergibt sich aus all dem, daß es der Sowjetregierung nicht gelung ist — zuerst meintens — die wirtschaftliche Krise zu beheben. Darin besteht also nach wie vor ihre große Schwäche. Aber man muß sich hüten, diese wirtschaftliche Schwäche ohne weiteres mit einer politischen zu vermengen.

Polnische und deutsche Repräsentanten.

Berlin, 8. Juni. (WZB.) Auf deutsche Vorstellungen wegen der schweren Ausschreitungen gegen die Deutschen in Ostrome wurden diese polnischseits verurteilt, aber auf die Gärung infolge der Verteilung polnischer Arbeiter aus Westfalen und der Niederlaßung hingewiesen. Darauf wurde der deutsche Geschäftsträger angewiesen, die Verpflichtung der polnischen Regierung zum Wändertschutz gemäß dem Friedensvertrag zu betonen. Die polnische Behauptung wird jetzt nachgeprüft.

Kein enges Bündnis zwischen Frankreich und England.

London, 7. Juni. (WZB.) In amtlichen britischen Kreisen sieht man den Augenblick als nicht getragener an, um die Frage eines Bündnisses zwischen Frankreich und England aufzunehmen. Man erachtet es als unmöglich, ein Bündnis auf der Grundlage einer französischen Politik einzugehen, die die Erdrosselung Deutschlands zum Ziel hat.

In derselben Rede, in der Lenin jüngst die Notwendigkeit der Wiedereinführung des Kapitalismus betonte, forderte er, die Sozialrevolutionäre und Menschewitz in „gutem Gehorsam“ weiter zu behalten. Ja innerhalb der Kommunistenpartei selbst macht sich noch ein träglicher Widerstand gegen die Schrittmiter und Anhänger des „neuen Aufbruches“ bemerkbar; nur darauf ist es zurückzuführen, daß die „größten“ bolschewistischen Nationalökonomien, Dornor, Kofow und Wljudin, nicht in den Obersten Volkswirtschaftsrat wiedergewählt worden sind. Die Volksmacht aber, wie das Zentralkomitee der Sozialrevolutionäre selbst in seiner jüngsten Erklärung zu den „Aufgaben der Gegenwart“ richtig auspricht, ist politisch müde aber ganz unpolitisch und die Organisation einer Volkserhebung unter diesen Umständen und angesichts der russischen Kommunikationskrise außerordentlich schwer. Wo — abwarten!

600 Maschinengewehre in München abgegeben.

Der Landeskommissar für Entwaflnung der Zivilbevölkerung in München erläßt eine Bekanntmachung betr. die Waffenabgabe der Einwohner. Er. Danach muß bis zum 10. Juni auf Grund des Ultimatum der Entente die Ablieferung der Gewehre und Maschinengewehre der Selbstschutzorganisationen, ferner bis 30. Juni die Ablieferung sämtlicher übrigen Waffen, die unter das Entwaflnungsgesetz fallen, sowie der zugehörigen Munition der Internationalisierten Militärkontrollkommission in Berlin amtlich angezeigt sein. Der Entwaflnungskommissar macht ferner darauf aufmerksam, daß alle bayerischen Einwohnerwehren beschliffen haben, die Entwaflnung freiwillig durchzuführen und die Waffen nach Munition an die Reichs-Treuhand-

Türkische Klagen.

Konstantinopel, 7. Juni. (WZB.) Eine Note der Porte an die Kommissare der Alliierten zählt 34 zerstörte türkische Ortlichkeiten auf, deren türkische Bevölkerung von den Griechen zum größten Teil ermordet worden ist.

Vom englischen Bergarbeiterstreik.

Der englische Bergarbeiterstreik geht nach mehr denn achtwöchiger Dauer seinem Ende entgegen. Am Montag sind die Verhandlungen zwischen den Delegierten der Bergwerksbesitzer und der Bergleute wieder aufgenommen worden. Die von der Regierung in Aussicht gestellte Subvention von 10 Millionen Pfund zur Ausgleichung besonders umfangreicher Lohnanforderungen, ein Anerkennen, das nur bis zum 20. Juni zur Verfügung stand, hat dabei ebenfalls wesentlich mitgewirkt. Der Vollausbruch des Bergarbeiterstreiks beruht nun auf den 10. Juni eine Delegiertenkonferenz ein, der er eine Abstimmung der Mitglieder des Bundes über die Fortschritte der Verhandlungen anschließt.

Breunlicher Landtag.

28. Etana, Dienstag, den 7. Juni 1921, vorm. 11 Uhr.

Nach Erledigung kleiner Anträge wird die Haus- und Beschlüsse fortgesetzt.

Abg. Dr. Frey (Dt. Volksp. P.): Die Steigerung der Beamtengehälter von 600 auf 5000 Millionen ist auffällig.

Abg. Hellmann (Soz.): Herr v. D. Oren sagte es uns zu unterstellen, was die Besteuerung der Einkommen der Beamten die deutschen Arbeiter zu Steuern des ausländischen Großkapitals machen und die Produktion steigern. Als ob nicht der Feind, wenn er ins Land gekommen wäre, sich zunächst die gesamte Produktion angeeignet hätte!

Ein Mann, was das nicht erkennt, ein Späher, was es wider besseres Wissen den Deutschen verriet, der sich für einen Mann unter der von Ihnen verurteilten Niederlage (Linke rechts). Das ist, das Herr v. D. Oren dem „Gomrads“ entnommen hat, was gefällig. (Beifalls Hört! Hört links).

Es heißt darin lediglich: Wir wollen keinen Revolutionskrieg, wir wollen, daß Deutschland auf den Traum verzieht, seine Verträge in einem kriegsähnlichen Zustand wieder einzulösen. Herr v. D. Oren hat den Sinn in das Gegenteil gefügt. (Lärm links: deutsch-nationale Bragis!). Die Erfüllung des Ultimatums wird ohne Erfüllung der Geldwerte der Besessenen nicht möglich sein. Der Ministerpräsident Steyerwald teilt doch mit uns hierüber die Überzeugung, daß unter den breiten Schichten, welche die Kosten zu tragen hätten, auch die Besessenen seien, und zwar in erster Linie. (Lärm v. D. Oren weiter: Herr v. D. Oren hatte die Regierung wenn angeblich Vermittlung in Deutschland anzufangen, so hat er wohl das schließliche Wort verlesen, das der deutsch-nationale Führer Herr v. D. Oren im Reichstage gesprochen hat: „Wir müssen uns bei der Entscheidung über das Ultimatum freimachen von jeder Rücksicht auf Oberflächler!“)

Das ist ein Wort des Verrates an Deutschland und Sie (nach rechts) haben uns über Oberflächler nichts zu sagen. Wir können Oberflächler nur noch dienen, wenn wir jede Gemeinschaft mit ihnen, jede Gemeinschaft für eine Politik, die weder national noch deutsch ist, weit von uns weisen. (Beifalls Zustimmung v. D. Oren).

Was die Verbreitung der Regierungsgeschäfte anbelangt, so wollen wir mitarbeiten mit allen, die guten Willen und Ehrlichkeit besitzen. Erfolgreiche Spuren dieses Opfers finden sich bei unserer Bruderpartei von links, und die Haltung der U. S. P. kann auf die Umkehrung der Regierung nicht ohne Einfluß sein. Der Ministerpräsident sagte, er fühle sich in isolierten Tragen der Vinten, in nationalen Tragen der Rechtsparteien. Herr Ministerpräsident, haben wir nicht zusammen während des Krieges den Versuch gemacht, die Vinterland ins Leben zu erwecken, die Friedensrealität zu betreiben, dann den Friedensvertrag unterzeichnet, jetzt das Ultimatum angenommen? Haben Sie etwa sagen wollen, daß Sie in nationalen Tragen mit der Vinten, in nationalen Vinterland aber mit der Rechts parteien? Können Sie (zur Rechten), wenn Sie sich nicht zurückziehen, erklären, daß der Anteil der Zeit auch in Steuerfragen bestehen haben, daß Sie nicht aus den Tälern der anderen, sondern aus den eigenen Tälern die unvermeidlichen zehnfachen Opfer bringen wollen? Sie haben doch noch nicht einmal die Grundsteuer bewilligt, sondern wollen sie verschleiern. Wird nun die D. V. P. zu den notwendigen Opfern bereit sein? Der demokratische Kollege befragt uns, das es nach dem nächsten der Rechten gegen uns in Bezug auf einem demagogischen Sozialdemokraten unmöglich gewesen sei, mit ihr in der Regierung zusammen zu gehen; wenn die D. V. P. den Mut zur Ehrlichkeit hätte, wäre sie längst erledigt, denn sie fristet ihr Dasein nur durch die monarchistische und antimilitärische Lüge. (Beifalls Hört! Hört links).

Als leinsten das Kabinett Steyerwald anerkannt wurde, haben wir Sozialdemokraten verstanden, Herr Steyerwald während des Krieges gegen uns in Bezug auf einem demagogischen Sozialdemokraten unmöglich gewesen sei, mit ihr in der Regierung zusammen zu gehen; wenn die D. V. P. den Mut zur Ehrlichkeit hätte, wäre sie längst erledigt, denn sie fristet ihr Dasein nur durch die monarchistische und antimilitärische Lüge. (Beifalls Hört! Hört links).

Als leinsten das Kabinett Steyerwald anerkannt wurde, haben wir Sozialdemokraten verstanden, Herr Steyerwald während des Krieges gegen uns in Bezug auf einem demagogischen Sozialdemokraten unmöglich gewesen sei, mit ihr in der Regierung zusammen zu gehen; wenn die D. V. P. den Mut zur Ehrlichkeit hätte, wäre sie längst erledigt, denn sie fristet ihr Dasein nur durch die monarchistische und antimilitärische Lüge. (Beifalls Hört! Hört links).

Als leinsten das Kabinett Steyerwald anerkannt wurde, haben wir Sozialdemokraten verstanden, Herr Steyerwald während des Krieges gegen uns in Bezug auf einem demagogischen Sozialdemokraten unmöglich gewesen sei, mit ihr in der Regierung zusammen zu gehen; wenn die D. V. P. den Mut zur Ehrlichkeit hätte, wäre sie längst erledigt, denn sie fristet ihr Dasein nur durch die monarchistische und antimilitärische Lüge. (Beifalls Hört! Hört links).

Als leinsten das Kabinett Steyerwald anerkannt wurde, haben wir Sozialdemokraten verstanden, Herr Steyerwald während des Krieges gegen uns in Bezug auf einem demagogischen Sozialdemokraten unmöglich gewesen sei, mit ihr in der Regierung zusammen zu gehen; wenn die D. V. P. den Mut zur Ehrlichkeit hätte, wäre sie längst erledigt, denn sie fristet ihr Dasein nur durch die monarchistische und antimilitärische Lüge. (Beifalls Hört! Hört links).

Als leinsten das Kabinett Steyerwald anerkannt wurde, haben wir Sozialdemokraten verstanden, Herr Steyerwald während des Krieges gegen uns in Bezug auf einem demagogischen Sozialdemokraten unmöglich gewesen sei, mit ihr in der Regierung zusammen zu gehen; wenn die D. V. P. den Mut zur Ehrlichkeit hätte, wäre sie längst erledigt, denn sie fristet ihr Dasein nur durch die monarchistische und antimilitärische Lüge. (Beifalls Hört! Hört links).

Als leinsten das Kabinett Steyerwald anerkannt wurde, haben wir Sozialdemokraten verstanden, Herr Steyerwald während des Krieges gegen uns in Bezug auf einem demagogischen Sozialdemokraten unmöglich gewesen sei, mit ihr in der Regierung zusammen zu gehen; wenn die D. V. P. den Mut zur Ehrlichkeit hätte, wäre sie längst erledigt, denn sie fristet ihr Dasein nur durch die monarchistische und antimilitärische Lüge. (Beifalls Hört! Hört links).

Als leinsten das Kabinett Steyerwald anerkannt wurde, haben wir Sozialdemokraten verstanden, Herr Steyerwald während des Krieges gegen uns in Bezug auf einem demagogischen Sozialdemokraten unmöglich gewesen sei, mit ihr in der Regierung zusammen zu gehen; wenn die D. V. P. den Mut zur Ehrlichkeit hätte, wäre sie längst erledigt, denn sie fristet ihr Dasein nur durch die monarchistische und antimilitärische Lüge. (Beifalls Hört! Hört links).

Als leinsten das Kabinett Steyerwald anerkannt wurde, haben wir Sozialdemokraten verstanden, Herr Steyerwald während des Krieges gegen uns in Bezug auf einem demagogischen Sozialdemokraten unmöglich gewesen sei, mit ihr in der Regierung zusammen zu gehen; wenn die D. V. P. den Mut zur Ehrlichkeit hätte, wäre sie längst erledigt, denn sie fristet ihr Dasein nur durch die monarchistische und antimilitärische Lüge. (Beifalls Hört! Hört links).

Als leinsten das Kabinett Steyerwald anerkannt wurde, haben wir Sozialdemokraten verstanden, Herr Steyerwald während des Krieges gegen uns in Bezug auf einem demagogischen Sozialdemokraten unmöglich gewesen sei, mit ihr in der Regierung zusammen zu gehen; wenn die D. V. P. den Mut zur Ehrlichkeit hätte, wäre sie längst erledigt, denn sie fristet ihr Dasein nur durch die monarchistische und antimilitärische Lüge. (Beifalls Hört! Hört links).

Als leinsten das Kabinett Steyerwald anerkannt wurde, haben wir Sozialdemokraten verstanden, Herr Steyerwald während des Krieges gegen uns in Bezug auf einem demagogischen Sozialdemokraten unmöglich gewesen sei, mit ihr in der Regierung zusammen zu gehen; wenn die D. V. P. den Mut zur Ehrlichkeit hätte, wäre sie längst erledigt, denn sie fristet ihr Dasein nur durch die monarchistische und antimilitärische Lüge. (Beifalls Hört! Hört links).

Als leinsten das Kabinett Steyerwald anerkannt wurde, haben wir Sozialdemokraten verstanden, Herr Steyerwald während des Krieges gegen uns in Bezug auf einem demagogischen Sozialdemokraten unmöglich gewesen sei, mit ihr in der Regierung zusammen zu gehen; wenn die D. V. P. den Mut zur Ehrlichkeit hätte, wäre sie längst erledigt, denn sie fristet ihr Dasein nur durch die monarchistische und antimilitärische Lüge. (Beifalls Hört! Hört links).

Als leinsten das Kabinett Steyerwald anerkannt wurde, haben wir Sozialdemokraten verstanden, Herr Steyerwald während des Krieges gegen uns in Bezug auf einem demagogischen Sozialdemokraten unmöglich gewesen sei, mit ihr in der Regierung zusammen zu gehen; wenn die D. V. P. den Mut zur Ehrlichkeit hätte, wäre sie längst erledigt, denn sie fristet ihr Dasein nur durch die monarchistische und antimilitärische Lüge. (Beifalls Hört! Hört links).

Als leinsten das Kabinett Steyerwald anerkannt wurde, haben wir Sozialdemokraten verstanden, Herr Steyerwald während des Krieges gegen uns in Bezug auf einem demagogischen Sozialdemokraten unmöglich gewesen sei, mit ihr in der Regierung zusammen zu gehen; wenn die D. V. P. den Mut zur Ehrlichkeit hätte, wäre sie längst erledigt, denn sie fristet ihr Dasein nur durch die monarchistische und antimilitärische Lüge. (Beifalls Hört! Hört links).

Als leinsten das Kabinett Steyerwald anerkannt wurde, haben wir Sozialdemokraten verstanden, Herr Steyerwald während des Krieges gegen uns in Bezug auf einem demagogischen Sozialdemokraten unmöglich gewesen sei, mit ihr in der Regierung zusammen zu gehen; wenn die D. V. P. den Mut zur Ehrlichkeit hätte, wäre sie längst erledigt, denn sie fristet ihr Dasein nur durch die monarchistische und antimilitärische Lüge. (Beifalls Hört! Hört links).

Als leinsten das Kabinett Steyerwald anerkannt wurde, haben wir Sozialdemokraten verstanden, Herr Steyerwald während des Krieges gegen uns in Bezug auf einem demagogischen Sozialdemokraten unmöglich gewesen sei, mit ihr in der Regierung zusammen zu gehen; wenn die D. V. P. den Mut zur Ehrlichkeit hätte, wäre sie längst erledigt, denn sie fristet ihr Dasein nur durch die monarchistische und antimilitärische Lüge. (Beifalls Hört! Hört links).

Als leinsten das Kabinett Steyerwald anerkannt wurde, haben wir Sozialdemokraten verstanden, Herr Steyerwald während des Krieges gegen uns in Bezug auf einem demagogischen Sozialdemokraten unmöglich gewesen sei, mit ihr in der Regierung zusammen zu gehen; wenn die D. V. P. den Mut zur Ehrlichkeit hätte, wäre sie längst erledigt, denn sie fristet ihr Dasein nur durch die monarchistische und antimilitärische Lüge. (Beifalls Hört! Hört links).

Als leinsten das Kabinett Steyerwald anerkannt wurde, haben wir Sozialdemokraten verstanden, Herr Steyerwald während des Krieges gegen uns in Bezug auf einem demagogischen Sozialdemokraten unmöglich gewesen sei, mit ihr in der Regierung zusammen zu gehen; wenn die D. V. P. den Mut zur Ehrlichkeit hätte, wäre sie längst erledigt, denn sie fristet ihr Dasein nur durch die monarchistische und antimilitärische Lüge. (Beifalls Hört! Hört links).

Als leinsten das Kabinett Steyerwald anerkannt wurde, haben wir Sozialdemokraten verstanden, Herr Steyerwald während des Krieges gegen uns in Bezug auf einem demagogischen Sozialdemokraten unmöglich gewesen sei, mit ihr in der Regierung zusammen zu gehen; wenn die D. V. P. den Mut zur Ehrlichkeit hätte, wäre sie längst erledigt, denn sie fristet ihr Dasein nur durch die monarchistische und antimilitärische Lüge. (Beifalls Hört! Hört links).

Als leinsten das Kabinett Steyerwald anerkannt wurde, haben wir Sozialdemokraten verstanden, Herr Steyerwald während des Krieges gegen uns in Bezug auf einem demagogischen Sozialdemokraten unmöglich gewesen sei, mit ihr in der Regierung zusammen zu gehen; wenn die D. V. P. den Mut zur Ehrlichkeit hätte, wäre sie längst erledigt, denn sie fristet ihr Dasein nur durch die monarchistische und antimilitärische Lüge. (Beifalls Hört! Hört links).

Als leinsten das Kabinett Steyerwald anerkannt wurde, haben wir Sozialdemokraten verstanden, Herr Steyerwald während des Krieges gegen uns in Bezug auf einem demagogischen Sozialdemokraten unmöglich gewesen sei, mit ihr in der Regierung zusammen zu gehen; wenn die D. V. P. den Mut zur Ehrlichkeit hätte, wäre sie längst erledigt, denn sie fristet ihr Dasein nur durch die monarchistische und antimilitärische Lüge. (Beifalls Hört! Hört links).

Als leinsten das Kabinett Steyerwald anerkannt wurde, haben wir Sozialdemokraten verstanden, Herr Steyerwald während des Krieges gegen uns in Bezug auf einem demagogischen Sozialdemokraten unmöglich gewesen sei, mit ihr in der Regierung zusammen zu gehen; wenn die D. V. P. den Mut zur Ehrlichkeit hätte, wäre sie längst erledigt, denn sie fristet ihr Dasein nur durch die monarchistische und antimilitärische Lüge. (Beifalls Hört! Hört links).

Als leinsten das Kabinett Steyerwald anerkannt wurde, haben wir Sozialdemokraten verstanden, Herr Steyerwald während des Krieges gegen uns in Bezug auf einem demagogischen Sozialdemokraten unmöglich gewesen sei, mit ihr in der Regierung zusammen zu gehen; wenn die D. V. P. den Mut zur Ehrlichkeit hätte, wäre sie längst erledigt, denn sie fristet ihr Dasein nur durch die monarchistische und antimilitärische Lüge. (Beifalls Hört! Hört links).

Als leinsten das Kabinett Steyerwald anerkannt wurde, haben wir Sozialdemokraten verstanden, Herr Steyerwald während des Krieges gegen uns in Bezug auf einem demagogischen Sozialdemokraten unmöglich gewesen sei, mit ihr in der Regierung zusammen zu gehen; wenn die D. V. P. den Mut zur Ehrlichkeit hätte, wäre sie längst erledigt, denn sie fristet ihr Dasein nur durch die monarchistische und antimilitärische Lüge. (Beifalls Hört! Hört links).

Als leinsten das Kabinett Steyerwald anerkannt wurde, haben wir Sozialdemokraten verstanden, Herr Steyerwald während des Krieges gegen uns in Bezug auf einem demagogischen Sozialdemokraten unmöglich gewesen sei, mit ihr in der Regierung zusammen zu gehen; wenn die D. V. P. den Mut zur Ehrlichkeit hätte, wäre sie längst erledigt, denn sie fristet ihr Dasein nur durch die monarchistische und antimilitärische Lüge. (Beifalls Hört! Hört links).

Als leinsten das Kabinett Steyerwald anerkannt wurde, haben wir Sozialdemokraten verstanden, Herr Steyerwald während des Krieges gegen uns in Bezug auf einem demagogischen Sozialdemokraten unmöglich gewesen sei, mit ihr in der Regierung zusammen zu gehen; wenn die D. V. P. den Mut zur Ehrlichkeit hätte, wäre sie längst erledigt, denn sie fristet ihr Dasein nur durch die monarchistische und antimilitärische Lüge. (Beifalls Hört! Hört links).

Dann kommt es zu dem, was im unehelichlichen Interesse jetzt noch vermieden werden müßte: dann kommt es zur Auflösung und zu neuem Kampf. (Allgemeine Bewegung.) Wir leben die Stunde herbei, wo wir, ohne eine Veranstaltung für außenpolitische Schritte zu tragen, hinunter in den freilich irrtümlichen Kampf gehen, den Herr (Beifalls v. D. Oren).

Abg. Klotz-Böhlen (Zentr.): Wäre die Veranstaltung zur Einmündigkeit gleichzeitig mit dem ganzen deutschen Volk erfolgt, dann hätte ein bedeutend besserer Erfolg erzielt werden können. Reichswehrminister Warneke: Mein Ziel ist einmündigkeit der gesamten Landbevölkerung durch höhere Schulbildung zu veranlassen, Gewinnaus und Beschäftigung neuer Kulturarbeit, jedoch schnelle Lösung der landwirtschaftlichen Erzeugung mit dem Ziel, unsere Bevölkerung möglichst bald aus eigener Erzeugung ausreichend zu ernähren.

Abg. Holzoff (D. V.): Ohne Disziplin im Beamtenkörper ist jede Verwaltung unmöglich. Ministerpräsident Steyerwald: Als Ministerpräsident und als Abgeordneter habe ich niemals in dem Maße parteipolitisch abgelehnt gesprochen, wie A. B. der Abg. Hellmann. Seit ich die größeren politischen Zusammenhänge erleben habe, daß ich in mir ein lautes nationales Empfinden entwickle, aber es hat mich nicht verhindert, mich an der Regierung zu beteiligen. Herr Hellmann erinnert mich, für richtig. Aber die Inkonsistenz von Herrn Hellmann ist, daß er sich nicht wiederholen möchte. Regierungsbildung im Reich und in Preußen sind bisher erfolgt nur aus außerpolitischen Gründen oder unter innerpolitischen Druck. Aus außerpolitischen und innerpolitischen Gründen kann die jetzige Regierung nicht auf untergeordnetem (Beifalls).

Abg. Dr. v. Campe (D. V. P.): Die Ausführungen des Herrn Ministerpräsidenten haben uns sympathisch berührt. (Zurück links: Beifalls Hört! Hört links.) Sie waren getragen von dem Bewußtsein politischer Verantwortlichkeit. (Värm v. D. Oren.) Die Reichsverfassung verpflichtet die Komposition des Bundesoberkörpers. Diese mit der Verfassungsbildung, (Große Unruhe links. Ruf: noch nicht genehmigt einem Vertreter!)

Abg. Schulz-Mensfuß (Komm.): Im Laufe der Freude über die Erklärung des Ministerpräsidenten, die die Voten auf die beiden Seiten ablesen lassen. (Wiederbruch in der Mitte.) Abg. Dr. Göhn (U. S. P.): Nur durch die Einmündigkeit der Bevölkerung ist die Wirtschaftliche Deutschlands wieder zu haben. Gelegentlich der oberflächlichen Koränge haben wir wieder einige Beispiele dafür erhalten, daß es noch Kreise gibt, die an eine unüberwindliche Wirkung des Krieges glauben. Man sollte doch endlich sich überlegen haben, daß jede Republik auf der einen Seite einen Gegenbruch auf der anderen Seite hervorruft. Wir verlangen die Minister genaue Aufklärung über die Unterführung in der Lage der öffentlichen Arbeiter, Soldat und Stargard, die schon lange Zeit ein Gegenstand erster Sorge sind. Die Ausstattung des militärischen Gehalts ist jetzt ein großes europäisches Problem. Die Gleichstellung der armen Bevölkerungsschichten mit den Besessenen durch den Ministerpräsidenten bei seinem Zutritt zu größerer Sozialarbeit nach einwärts nicht und zu verzeichnen. (Beifalls Zustimmung.)

Abg. Dr. Schreyber (D. V. P.): Aus den Worten des Ministerpräsidenten sprach nicht der Militarismus, sondern das Gefühl eines unterirdischen Hofes. (Zurück rechts! v. D. Mehrheit.) Die Delegationen sollten nicht die Klaffen des Volkes auseinander heben. Das ist besonders gefährlich, weil Sie (zur Rechten) dem Deutschen Volk damit den Glauben an seine Zukunft nehmen. (Beifalls Beifalls v. D. Demokraten. — Baden rechts.)

Damit schließt die Aussprache. Es folgen persönliche Bemerkungen. Dann verläßt sich das Haus, nachdem das Geles an den Hauptausgang gegangen ist. Eine längere Geschäftsordnungsdebatte erregt sich über die Frage, ob auch der Sozialdemokratische Antrag über das Beheimatungswesen auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt werden sollte. Gegen die Stimmen der bürgerlichen Parteien wird der Antrag auf die Tagesordnung kommen.

Nächste Sitzung, Dienstag, den 14. Juni, nachm. 2 Uhr: Kleine Anfragen, Steuerfragen gegen Abgeordnete, Interessen und Anträge, darunter solche über das Geles Groß-Berlin und das Beheimatungswesen. Schluß 6 Uhr.

Die Protokollierung erfolgt.

Am Reichstagsauschuss für Sozialwirtschaft wurde am Dienstag über die Fragen Jugendwohlfahrt, freie Wirtschaft oder Umlegungsverfahren abgehandelt, nachdem sich die Debatte schon tagelang hingezogen hatte. Der die freie Wirtschaft befürwortende Antrag wurde u. Gen. (D. V. P.) wurde gegen die Stimmen der Deutschen Sozialpartei, der Deutschnationalen und der Demokraten mit 14 gegen 12 Stimmen der Antrag Schumann u. Gen. (Soz.) auf Festhalten der Zwangsverwaltung gegen die Stimmen

der Sozialisten abgelehnt. Bei der darauf folgenden Spezialdebatte über die Geheimpolitik kam es zur Annahme eines Antrages Blum (Ztr.), wonach die Umlege von 8 Millionen Tonnen auf 24 Millionen Tonnen ermöglicht werden soll, in einem entsprechenden Maße, in welcher die Umlegung erfolgt, und unabhängig der Seite die Politik des Ernährungswirtschafts einer solchen Kritik unterzogen wurde. Bezüglich § 3 wurde bestimmt, daß der Termin für die Festlegung des Umlegesatzes auf den 1. Juli 1921 fällt. Zu § 4 wurde auf Antrag Dr. Berg (U. S. P.) hinzugefügt, daß die Vertreter der Erzeuger und Verbraucher in den nachstehenden Bestimmungen der obersten Landesbehörde zu bildenden Ausschüssen, welche die Festlegung über Maßnahmen gegen die Festlegung des Lieferpreises haben, von den Gemeindevorständen zu wählen sind. Die Paragraphen über die Gestaltung der Reichsgeldpolitik wurde zum Ausbruch angenommen. Gemäß einem vorliegenden Antrage (Ziel (D. V. P.) und Berg (U. S. P.) wurde beschlossen, daß zu dem Ausschuss Arbeitervertreter gehören, von denen je einer bestimmt wird, vom Allgemeinen Gewerkschaftsbund, dem Fabrikbund, dem Deutschen Beamtenbund, dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften, dem Hoch-Bund der Gewerkschaften und dem Gesamtverband der deutschen Angestellten Gewerkschaften. Weiterberatung: Mittwoch.

Wir für die Offiziere gefordert wird.

Der Reichstagsauschuss für soziale Angelegenheiten setzte am Montag seine Beratungen über den Entwurf des Bekleidungsreformgesetzes fort. Dabei führte Abg. Hoch (Soz.) aus: Nach dem Geheimpolitik treten im Gegenfall zu den Beamten (40 Jahre) die Offiziere bereits nach 20 Dienstjahren in den Bezug des Höchsthöhegehaltes. Man darf dabei nicht davon ausgehen, daß die Offiziere dem Reiche, wie sie selbst betonen — Dienste unter Einsatz ihres Lebens leisteten, sondern muß bei der Festlegung von einem normalen Friedensgehälte überlegen. Uebrigens erweist die Statistik, daß im Kriebe schon viel mehr Arbeiter in ihrem Berufe an Unfällen starben als Offiziere bei Ausübung ihres Dienstes.

Darauf erklärte der Regierungsvertreter, daß in der neuen Bekleidungsbeihilfe Zuzugelassung des Offizierskorps das Aussehen noch früher erfolgt, wie im alten Reiche.

Der Ausschuss sprach sich mit 12 Stimmen der Rechten und des Zentrums gegen 11 Stimmen der Linken gegen den sozialdemokratischen Antrag aus, der die Offiziere mit den anderen Beamten auf gleiche Stufe stellte und nach dem betreffenden Paragraphen des Bekleidungsreformgesetzes jedes unangeboren an.

Jugendwohlfahrt.

Am Jugendwohlfahrtsauschuss des Reichstages wurde am Montag Abschnitt IV des Jugendwohlfahrtsreformgesetzes beraten, der die Stellung des Jugendamts im Kommunalverwaltungsorgan behandelt. Nach dem Geheimpolitik sollen überall Jugendämter errichtet werden, die jedem Jugendlichen nach die erforderliche Hilfe gewähren. Das Jugendamt soll eine öffentliche Behörde mit allen Befugnissen und Einrichtungen sein, die seiner hohen sozialen Aufgabe entsprechen. Jedes Land soll ein Landesjugendamt erhalten, und dieses dem Reichsministerium des Innern unterstellt werden.

Die Geheimpolitik.

Im Januar dieses Jahres erklärte Gen. Otto Braun, der ehemalige preussische Landwirtschaftsminister, im Landtag, daß er durch einen Brief davon Kenntnis erhalten habe, daß der Reichsminister für Landwirtschaftsminister unter seiner Hand eine Beschlüsse seiner Seite in der Sache veranlaßt habe. Eine Erklärung für das Vorgehen dieses Herrn liegt wohl darin, daß er, der Minister, ihn nicht für den Voten eines Präsidenten der Landwirtschaftsminister hätte haben wollte, weil er ihn für zu jung und nicht geeignet hielt. Darauf antwortete Geheimrat Pöschel in einem offenen Brief, der in verschiedenen Zeitungen veröffentlicht wurde, sehr scharf. Wegen dieser Antwort, die auch persönliche Anschuldigungen gegen den Ministerpräsidenten enthielt, wurde gegen ihn ein Disziplinarverfahren eingeleitet.

Jetzt beschäftigte sich nun die Disziplinarkammer in Potsdam mit dem Fall, da Pöschel ausdrücklich entgegen einem Erlaß des Arbeitsministers öffentlich in der Presse den Fall erörtert habe. Wie wir hinzufügen wollen, er hat sich

„König Kohle.“

Roman von Upton Sinclair.

Die Tür wurde heftig aufgeschoben, so heftig, daß Billy Keating und der Kondukteur zur Seite geschleudert wurden und in der Deckung erschrocken Jeff Cotton.

Der Bergbauarbeiter war atemlos, sein Gesicht voll Zorn, in der rechten Hand hielt er den Revolver. Er starrte um sich, sah die zwei Männer, die er suchte, sah auch des Kohlenhüblers Sohn und den Rest der bestürzten Gesellschaft. Er verzehrte, stumm, erparzt.

Wieder öffnete sich die Tür, ihn beiseite schiebend, zwei Männer drangen ein, beide mit Revolvern in den Händen; der vordere war Pete Hannum, und auch der hinterste, der seltsamste. Dem „Jahneeinflager“ fehlten selbst zwei Zähne, wenn jene Freizeiger-Kinndaten herabrannten, konnte man diesen Mangel bemerken. Dies war wohl seine erste Bewegung mit dem Revolver, die er bewußt als eine große Zunge, der beim Judoerfahren erparzt wird.

Berey Harrigan's Art wurde noch herrlicher.

„Was bedeutet das?“ fragte er.

„Hal antwortete: „Ich suche einen Verbrecher, Berey.“

„Wie?“ Die Frauen stießen keine Schreie hervor auf.

„Ja, einen Verbrecher; den Mann, der den Schacht verschlossen hält.“

„Was willst du damit sagen?“

„Daß die erklären: vor allem aber will ich meine Freunde vorweisen, Harrigan, mein Freund Keating.“

„Billy begann sich plötzlich darauf, daß er einen Dutz auf dem Kopf habe; er rief ihn herunter, doch ließen ihn seine anderen gesellschaftlichen Instinkte völlig im Stich. Er verzehrte sich nach zu machen, hatte auch seinen Atem noch nicht zurückgefunden.“

„Billy, Revolver“, sagte Hal. „Das braucht dich aber nicht zu beunruhigen, — er ist ein Gentleman und wird dein Vertrauen nicht missbrauchen. Nicht wahr, Billy?“

„Ja“, murmelte Billy leise.

„Und diese ist Jeff Cotton, Bergbauarbeiter vom Nord-Tal. Du weißt doch, Berey, daß die Nord-Tal-Gruben der Allgemeinen Belegschaftsgesellschaft gehören. Cotton, das ist Herr Harrigan.“

„Und Cotton eroberte meine Güter, desgleichen des Revolvers, den er hinter seinem Rücken zu verbergen suchte.“

„Und dies“, fuhr Hal fort, „ist Peter Pete Hannum, von Beruf Jahneeinflager. Der andere Herr, dessen Namen ich nicht kenne, dürfte kein Gefährte sein.“ Hal sprach weiter, die gesellschaftlichen Formen beobachtend, um seinen Geist die Möglichkeit zur Erinnerung eines Namens zu verschaffen. Alles kam ihm die von ihm gewöhnliche Art der Sache vor. Berey belachte siegen, ihm, im Vertrauen auf seine Menschlichkeit, ruhig die ganze Geschichte erzählen? Nein, so konnte man bei den Harrigan's nicht vorgehen! Durch Gewalt waren sie hinaufgekommen: Gewalt allein vermochte bei ihnen etwas auszurufen! Man konnte Berey nur dadurch beeinflussen, indem man sich an ihn vor seinen Gefährten wandte, diesen die Situation klar machte, und ihre Gefühle ausnützte, um einen Vertrag mit ihm anzuknüpfen.

Des Kohlenhüblers Sohn stellte neue Fragen. Was sollte all dies bedeuten? Und Hal befragte die Lage der Leute im Schacht: „Sie haben weder Speise noch Trank, außer das sie für ihr Mittagessen in Schächeln mitgenommen. Seit der Explosion sind dreizehnhalb Tage vergangen! Sie sitzen schlafe auf einer Art von Holzbohlen, die ihre Jungen trocken aus, Fremden liegen sie auf der Erde! Sie bewegen — das Bewegungen hingezogen bleiben. Der die freie Wirtschaft befürwortende Antrag wurde u. Gen. (D. V. P.) wurde gegen die Stimmen der Deutschen Sozialpartei, der Deutschnationalen und der Demokraten mit 14 gegen 12 Stimmen der Antrag Schumann u. Gen. (Soz.) auf Festhalten der Zwangsverwaltung gegen die Stimmen

„Hal sprach, wartete, daß der junge Harrigan durch ein Zeichen seine Vereinnahmung verrate; doch blieb dies aus, und Hal fuhr fort:

„Etell es dir doch vor, Berey. Im Schacht ist ein alter Mann, ein Irlander; seine Frau und acht Kinder warten vergebens um Kunde, ob er noch lebt. Ich kenne eine Frau, die ihren Mann und drei Söhne im Schacht hat. Seit dreizehnhalb Tagen stehen die Frauen und Kinder an der Schachtöffnung; ich sah sie liegen, den Kopf auf die Anle gelehnt, oder mir erlösenden Blicken dem Verbrecher flüchten, der die Schuld trägt.“

„Eine Sünde entstand. Dem Verbrecher“ fragte der junge Harrigan. „Ich verstehe nicht recht.“

„Du wirst es nicht glauben können, daß ich nichts unternehmen worden, um die Leute zu retten. Der Verbrecher hat die Schachtöffnung mit Brettern und Keilmoand verschließen lassen.“

„Ein Murmel des Entsetzens kam von den Tischgästen.“

„Du wirst es kaum begreifen können, der Grund ist ein Brand im Schacht; wird der Fächer in Bewegung gesetzt, so verdrängt Kohle, aber die Kohle können von Rauch gelöst

werden, zumindst einige Leute gerettet werden. Es ist eine Frage zwischen Heiß und Leben, und der Verbrecher hat zugunsten des Heißes entschieden. Er hat vor, ein bis zwei Minuten zu warten, bis der Brand erloschen ist; dann sind freiwillig die Männer und Arbeiter des Schachtes zu retten.“

Ein neuerliches Schmelzen wurde vom jungen Harrigan getrieben.

„Wer hat das getan?“

„Er heißt Enoch Cartwright.“

„Wer ist das?“

„Als ich dir eben sagte, ich suchte den Verbrecher, führte ich dich ein wenig irre, Berey, doch müßte ich meine Gedanken sammeln.“ Hal atmete tief auf; als er fortfuhr, rang seine Stimme härter, die Sätze fielen wie Pfeilschüsse. „Der Verbrecher, von dem ich sprach, ist der Oberaufseher der Grube, ein Mann, der von der Allgemeinen Belegschaftsgesellschaft angeheilt ist, seine Autorität von ihm herleitet. Der Verbrecher aber, der verfolgt wird, ist nicht der Mann, der den Schacht verschloß, sondern der, der ihn geöffnet haben wollte.“

„Lieber müßte als Verbrecher behandelt, weil sowohl die Gesetze des Staates als auch die Gesetze der Menschlichkeit von der Allgemeinen Belegschaftsgesellschaft aufgehoben worden sind.“

„Er müßte in deinem Auge zuflucht suchen, um sein Leben vor dem Strabos und Schützen zu retten, die im Dienste der Gesellschaft stehen!“

„Hal konnte diese Leute gut, wußte die Wirkung des Witzes, den er eben unter sie geschleudert. Diesen Menschen galt der gute Gesdamm als die vornehmste Tugend, er wußte, wie sehr er sie abließ. Wollte er sie für sich gewinnen, so mußte es seine Gegenwart hier — als Unbegabter auf Harrigan's Geheiß — erklären.“

„Berey“, fuhr er fort, „erinnere dich, wie oft du wogest John an der Unmündigkeit mit mir, ich will dich den „Schwammputzern“ lauschen.“ Du behauptest als beständiges Verleumdung auf; warst überzeugt, ihre Gefährten seien erloschen. Ich aber wollte mich selbst davon überzeugen, ging daher in die Kohlengrube arbeiten. Ich sah die Explosion, sah, wie dieser Jeff Cotton hier Frauen und Kinder mit flüchten und Schlägen von der Schachtöffnung trieb. Ich schickte mich an, den Leuten im Schacht zu helfen, und der Bergbauarbeiter darf mich aus dem Revolver hängen. Auch sagte er mir, wenn ich nicht verschwinde, so könnte mir in einer dunklen Nacht leicht etwas zustoßen — und steht du, heute ist eine dunkle Nacht.“

(Fortsetzung folgt.)

bei den Rechtsparteien damit zugleich in ein gutes Licht bringen wollen, denn seine Angriffe waren nicht nur inhaltlich, sondern auch in der Form strupplos.

Die Disziplinarkammer zeigte durch den von ihr gegen den Urteilsspruch des Reichsgerichts erhobenen Beschwerdeverfahren, daß sie durchaus nicht geneigt ist, der Ungenauigkeit der Disziplinarkammer bei der Beurteilung der Tätigkeit in der Parade zu lauern. Der Angeklagte, Kofschik, wurde nämlich wegen Dienstvergehens mit einer Verwarnung bestraft und hat die Kosten zu tragen. Das Gericht nahm augunsten des Angeklagten an, er habe sich in der Auslegung der Verfassung geirrt. Wenn hätte man wohl gehört, daß eine solche Mißdeutung der Verfassung gegenüber der Justiz getreten wäre? Der erste Grundlag der deutschen Justiz, der bei Arbeiterprozessen denn auch stets vom Vertreter der Anklage ins Feld geführt wird, lautet bekanntlich: „Unkenntnis des Gesetzes führt zur Strafe nicht.“ Es ist ein Standalsondergelehrter, daß dieser Fundamentalsatz gerade bei einem Angehörigen der „gebildeten Stände“ und einem auf die Verfassung gegründeten Parteigänger außer Kraft gesetzt werden soll. Die arbeitslosen Richter haben sich in der Begründung ihres kolonialistischen Spruches alle Mühe gegeben, den Angeklagten Kofschik freizusprechen und den Kläger Braun um Angeklagten zu machen. Die Behauptung, Kofschik habe sich im Zustande der Notwehr befunden, ist eine glatte Verdrängung der Tatsachen, da in Wirklichkeit Genosse Braun der Angegriffene war. Das Urteil der Disziplinarkammer ist nicht geeignet, die gesunkene Autorität der Justiz zu heben; im Volke wird man wissen, was man davon zu halten hat, wenn sich ein verfassungsunfähiger reaktionärer Beamter als Schützer der politischen Meinungsfreiheit einem sozialdemokratischen Minister gegenüber aufstellt.

Zur Strafe gebracht.

Die Feinde der Republik haben wieder einen aufstrebenden Republikaner zur Strafe gebracht. Unserem Jenaer Parteigänger einnehmen wird, daß der Befehlshaber der thüringischen Polizeitruppe, Major Willebrandburg, seine Entlassung beantragt und erhalten hat. Wir teilen Ihnen seiner Zeit die Einleitung eines Disziplinerverfahrens gegen ihn mit, doch handelt es sich um schwebende Fäden. Aber um Jenaer Tätigkeit hat sich der Angeklagte selbst gefordert. Die Strafe daran tragen die Delegierten, indem sie die Erklärung auf ihrem Parteitag, unter allen Umständen den Rücktritt Willebrandburgs zu erzwingen, verstoß die Nachterhältnisse derartig zugunsten der reaktionären monarchistischen Strömungen, daß der Republikaner Willebrandburg eben nicht mehr zu halten war. Doch auch die unabhängige Arbeiterpolitik in Thüringen hat Teil daran. So ist denn das Wert gelesene nicht nur einen republikanischen Vorgelegten aus der Truppe zu entfernen, sondern vor allem Dinge aus dem republikanischen Geist in dieser einen schweren Schlag zu versetzen.

Schwierigkeiten bei der Arbeitsaufnahme im Waldenburger Kohlenrevier.

Waldenburg, 8. Juni. („Zoll.-Anz.“) Als am Montag morgen die Belegschaft auf Grund des Beschlusses der Streikleitung ihre Tätigkeit aufnehmen wollten, verlusten die Kommunisten den Zutritt der Arbeitsstätten zu den Schächten zu verweigern. Die Streikleitung der Arbeitsgemeinschaft wurde Schulpflichtig eingeleitet. Die bisherige Streikleitung ist durch eine kommunistische ersetzt worden.

Das Abkommen im niederschlesischen Bergbau

hat folgenden Wortlaut: „A. Nachdem die Arbeitsgemeinschaft auf die Ablehnung des Wortes in Löhne abgelehnt wurde, so hat das niederschlesische Bergbauunternehmen diese Erklärung der Ablehnung der Arbeit an nach näherer Vereinbarung mit der Betriebsarbeitsgemeinschaft in voller Höhe zur Vornahme zurück verwendet worden. B. In der Annahme, daß der dem Reichstag vorliegende Entwurf zur Änderung der Lohnsteuer die Interessen der Arbeiter nicht wird, wird von diesem Zeitpunkt an eine Lohnzahlung in Aussicht genommen. C. Bis zur Entscheidung der niederschlesischen Kohlenrevier gegenüber Westfalen 2,50 Mark mehr je Lonne abgelehnt Kohle. Um jede volle Mark, um die sich durch Veränderung der Kohlensteuer dieses Verhältnis ausweiten des niederschlesischen Bergbauunternehmens, wird ein Betrag von 30 W. je Schicht zur Lohnzahlung verwendet werden, bis ein durchschnittlicher Betrag von 5 Mark je Schicht erreicht ist, wobei die unter A bis C genannte Vornahme einzutreten ist. Das Reichsministerium und das Reichsarbeitsministerium werden sich dafür einsetzen, daß die für die Vornahme erforderlichen Maßnahmen teils von der bestehenden Administration und des Reichslohnverbandes getroffen werden.“

Die nationalen Gegensätze in der schlesischen Arbeiterbewegung.

Nach einem Woffberichter veröffentlicht der Landesauschuss der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei eine Erklärung, die feststellt, daß die Zusammenarbeit der sozialistischen Parteien in den großen politischen Fragen bisher unmöglich gewesen sei. In den in der ganzen Welt bestehenden Schwierigkeiten in der Arbeiterbewegung gelte sich in der sozialdemokratischen Republik das ungelöste Nationalproblem. Die geschichtliche Aufgabe der schlesischen sozialdemokratischen Parteien wäre es heute noch, dem sozialistischen Grundlag der nationalen Gleichberechtigung und der nationalen Autonomie zum Durchbruch zu verhelfen. Ihre gesamte Tätigkeit laufe jedoch dem Grundlag zuwider. Trotzdem gebe die deutsche sozialdemokratische Partei die Hoffnung nicht auf und sei bereit, mit der schlesischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei nach den sozialistischen Grundlag für die nationale Verständigung und für die Erfüllung der wichtigsten wirtschaftlichen Forderungen zu wirken.

Boitsvergütung.

Nicht genug, daß die Stimmlose Organe attackiert dem deutschen Volke das Wortspiel einer Neuanfangs-Ausbeutung einträufen und von weiten Kreisen immer noch nicht in ihrer Gefährlichkeit und Tendenz erkannt werden, gibt der wegen seiner reaktionären Merkmale schon längst bekannte Vertrag W. u. G. ein Beispiel, wie die Arbeiter, die in der Vergangenheit in der Reichsarbeiterschaft in die Welt hineingeworfen ist. Dieses Mandat ist deshalb so gefährlich, weil die „Woch.“ auch in nicht-deutschen Kreisen wegen ihrer guten Ausfertigung und künstlerischen Photographie beliebt ist, und dieses Sonderheft in einer Auflage von einigen Hunderttausend in die Öffentlichkeit geschleudert wird.

Wärde sich das Heft — das künstlerisch wieder vorzüglich ist, aber dieser goldene Firnis ist eben das Gefährliche — auf eine hohe Würdigung der Exzellenz als Persönlichkeit und Kommissionen untergebracht, so würde man

das schon aus Gründen der Arbeit polieren lassen können, wenigstens in diesem Falle Taufen den deutschen Arbeiter, die ein ebenso hartes Los traf, auf ein Sonderheft widmen müßte. So aber wird diese Gelegenheit benutzt, um in Erinnerung an die Gienzfrage W. u. G. in der letzten Nummer der „Woch.“, die in seinen Mannschaften gezeigte, eine uniformen in seinen Mannschaften gezeigte, eine von monarchistischen Propagandisten irreführende Atmosphäre zu schaffen. „Unter Konprinz“, so wie er heute aussieht, töbt sich in den Spalten der „Woch.“ aus, wobei er jetzt auf seine Herrschaftlichkeiten hinweist, er scheint dank der deutschen Nationalität sehr zuunruhe- und thronenscheu zu sein, und die ganze Linie, die durch dieses „Gebändnisheft“ zieht, ist mehr dem höchsten Dienst als dem höchsten Willkürlichen gewidmet.

In allen Buchhandlungen, auf allen Bahnhöfen, in allen Cafés aber prangt das Heft. Jede um die künstlerische Kraftverwendung im Dienste der Reaktion! Wertigste Kraft, wenn diese vollstehende literarische Ereignisse nicht! Wenn solche übergehende Klammern der „Woch.“ müssenweise zur Aktualität werden, wird sich der Verlag Eherl bald eines anderen befinden und seinen guten technischen und künstlerischen Kräfte bald in den Dienst einer besseren Sache stellen. Wie wäre es, wenn er z. B. zum Zwecke der Reparationserfüllung ein künstlerisches Propagandahäft für produktive Arbeit der besitzenden Klasse herausgibt?!

Notizen.

Neues Mitglied der historischen Kommission. Anstelle des verstorbenen Reichsanwalters A. D. R. Wetmann soll jetzt der ehemalige Reichsminister des Auswärtigen Dr. Graf v. Brockdorff-Rausa um Mitglied der historischen Kommission für das Reichsarchiv berufen werden.

Abgelebte Parteilichkeiten. Man weiß zur Genüge, wie parteilichlich die rechtsextremen Kreise der einzelnen Staaten Deutschlands gehandelt sind. Je nachdem können sie aber auch anders, um ihren Willen durchzuführen. In Braunschweig hatten sie in ihrem Streit mit der braunschweiger Regierung an das Reich appelliert. Jetzt tritt dort das staatliche Presseamt mit, das das Reichsministerium des Innern zu der Eingabe der Landtagsaktion des Landesparlamentes an die Reichsregierung in der Braunschweiger Verfassungsverträge, dahin entschieden hat, daß das Reich in diese Sache, die einen Streit innerhalb der Braunschweiger Landesversammlung darstelle, nach der Reichsverfassung nicht zuständig sei und daher keinen Anlaß habe, sich mit der Angelegenheit zu befassen.

Keine Revision im Teitran-Prozess. Das Urteil in dem Prozesse gegen den Armenier Teitran wegen Ermordung des Laiaf Pascha erlangt in drei Tagen Rechtskraft. Die Staatsanwaltschaft wird auf das Rechtsmittel der Revision verzichtet.

Italien soll unabhängig bleiben. Der diplomatische Mitarbeiter des Daily Telegraph schreibt zum Abbruch der Brüsseler Verhandlungen über Wien, die russische Räteregierung werde nicht gestatten, daß Italien in polnische Abhängigkeit gerate. Sie halte die Aufrechterhaltung der vollen Unabhängigkeit Italiens für wesentlich. Wenn die französischen Antriebe fortwähren und wenn weitere Versuche gemacht würden, die italienische Republik unter polnische Kontrolle zu bringen, dann werde Rußland nicht uninteressiert bleiben.

Die Bodenreform in der Tschechoslowakei. Der Verwaltungsauswahs des staatlichen Bodenanwirts hat das Programm für die erste Periode der Bodenreform in Böhmen, Mähren und Schlesien genehmigt, während das Programm für die Slowakei bereits früher angenommen wurde. Nach einem Verzeichnis aller Grundbesitze, die in der ersten Periode von Staats übernommen werden, handelt es sich um mehr als 900 000 arantier Badnerwieser, welche zusammen 150 Großgrundbesitzern gehören.

Gewerkschaftliches.

1. Verbandstag des Zentralverbandes der Angestellten.

Es ist jetzt die Zeit in der viele Gewerkschaften ihre Generalversammlungen abhalten, um sich selbst Redenshaft abzugeben über das was sie in der letzten Zeit geleistet haben. Zugleich Zeit, da die Vergarbeiter in Gießen tagten, traten in Weimar die Delegierten des Zentralverbandes der Angestellten zu 1. Generalversammlung zusammen. Es nahmen daran fast 126 Delegierte und eine Anzahl bzw. berechtigter Verhandlungsleiter. An Gießen waren erschienen: 21 Delegierte vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, 14 Arbeiter und 500 vom A.F.B.-Bund, 200 vom Deutschen Bankangestelltenverband, 200 vom Reichsverband der Arbeiter, 200 vom internationalen Bund der Privatangestellten, 100 vom dem dem Bund angehörenden scheidewirtschaftlichen Organisationen, 200 vom Deutschen Bankangestelltenverband, außerdem 126 Delegierte und die Reihe der berechtigten Verhandlungsleiter.

Im Verbandsbericht, in dem die Referenten betonen konnten, daß es jeden Mitarbeiter mit berechtigten Forderungen erfüllt, doch daß weit über 300 000 Angestellte für die freigelegte Lohn-Expansionsfrage gewonnen seien und in der Bericht actionellen Debatte spielte das kommunistische Problem eine hervorragende Rolle, soweit es das Gewerkschaftswesen betrifft. Der Vorstand nahm sehr scharf gegen die kommunistischen Betreibungen Stellung. Die oft leidenschaftlich aufwallenden Debatten führten zu folgendem, in namentlicher Zustimmung einstimmig gefaßtem Beschlusse:

„Mitglieder, die einen Beamten- oder Funktionärsposten bekleiden sollen, müssen sich ausdrücklich verpflichten, in unserem Verbande nur nach unseren Satzungen, den Beschlüssen des Reichs- und Verbandstages, den Richtlinien des A. D. G. B. und des A.F.B.-Bundes, insbesondere nach dem A.F.B.-Beschlusse vom 28. 11. 1909 zu arbeiten. Wir müssen den internationalen Gewerkschaftsbund zu unserer Basis als internationale Zusammenfassung der Gewerkschaften anerkennen, diesen in jeder Weise fördern und die gewerkschaftlichen Kräfte der Mosauer Gewerkschafts-Internationalen, ebenso wie alle anderen, die freigelegte soziale Bewegung fördernden Betreibungen unterstützen.“

In der wichtigen Frage der Reorganisation des A.F.B.-Bundes wurde in namentlicher Zustimmung mit 73 gegen 47 Stimmen der gemeinlich vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und der A.F.B. ausgeübte Organisationsvertrag angenommen. Gegen 6 Stimmen wurde beschlossen, den Verband der Angestellten des Buchhandels mit dem Zentralverband zu verschmelzen, eine Verschmelzung, die von der Delegiertenversammlung des Buchhandelsverbandes bereits genehmigt ist.

Gestützt auf Artikel 157 der deutschen Reichsverfassung, der die Schaffung eines einheitlichen Arbeitsrechts und einen besonderen Schutz der Arbeiterschaft verspricht, wurde geltend gemacht, daß ein solches Grundgesetz die Gewerkschaften in der bescheidenen Weise ein „einheitliches Arbeitsrecht“ schaffen, worin auch das Vereinsgesetz, Streikrecht, Schlichtungsrecht, Tarifvertragsrecht, die Arbeitsvermittlung usw. geregelt wird. Durch Schaffung von Arbeitsgerichten, die ausschließlich für alle Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis zuständig sind ist allen Angestellten eine billige und schnelle Rechtsprechung zu ermöglichen. Die Durchführung der sozialen Schutzbestimmungen erfordert einen großzügigen Ausbau der Bundesverwaltung und ihre Ausübung auf alle Angehörigen. Obgleich ferner der Verbandsrat, daß die Sozialversicherungsanstalten förmlich berechtigt werden, eine ausreichende Beiträge für alle Arbeiter zu erheben, die durch den Lebens eingerichtet wird, deren Kosten die Allgemeinheit zu tragen hat.

Der Verbandsrat erhob Protest gegen das Verhalten des Reichsgerichts-Ministeriums, das die Sonntagsruhe in Bayern noch immer nicht zur Durchführung bringt, obwohl der Reichsministerialrat bereits in dem Sinne beschloßen hat; ferner gegen das Reichspost-Ministerium, weil den Postangestellten der Art. 7b Mündchen Urlaub zu gewerkschaftlichen Delegierten ausverwehrt wird, obwohl die betreffenden Angelegenheiten der Reichsministerialrat bereits in dem Sinne beschloßen hat.

In einer einstimmigen Entschließung wurde die Organisierung der Angestellten in Industrieverbänden verworfen und die Notwendigkeit des Fortbestehens ihrer beruflichen Verbände betont. Obgleich aber die Notwendigkeit für die Arbeiter in Zusammenarbeit mit freigelegten Gewerkschaften besteht und eine ausreichende Beiträge für alle Arbeiter wurden aufgestellt und der Vorstand beauftragt, beim H. D. G. B. und A.F.B.-Bund im Sinne dieser Richtlinien zu wirken.

Gemäß einem Referat Hausherr's (Vorland) befaßte man in der unmittlerbaren Frage der Arbeitsgemeinschaften den ausführlichen Ausritt aus diesen Körperlichkeiten, jedoch nur ein Mitglied mit dem A. D. G. B. und dem A.F.B.-Bund erfolgen müßte. In diesem Sinne soll der Vorstand auf die beiden Spitzenorganisationen wirken, ferner aber mit Beibehaltung auf die in der Reichsverfassung (§ 165 Abs. 2 und 3) verordneten gegenseitigen Beziehungen der Arbeiter und Arbeitern in Wirtschaftlichen Kreisen und in der Reichsverfassung (§ 165 Abs. 2 und 3) verordneten gegenseitigen Beziehungen der Arbeiter und Arbeitern in Wirtschaftlichen Kreisen und in der Reichsverfassung (§ 165 Abs. 2 und 3) verordneten gegenseitigen Beziehungen der Arbeiter und Arbeitern in Wirtschaftlichen Kreisen.

Ein einstimmiger Beschluß erhöhte die Beiträge in den drei Klassen der Pensionisten von 1,10 Wk. auf 3 Wk., von 1,50 Wk. auf 4 Wk., von 2 Wk. auf 5 Wk. Am 1. Oktober tritt die Erhöhung in Kraft, zugleich mit ihr eine Verdoppelung der Beiträge in der Klasse.

60 gegen 16 Stimmen wurden die Bestimmungen einer Ruhegehaltskass für die Verbandsangestellten angenommen, zu der Angestellte und Verband je zur Hälfte die Beiträge zahlen.

In einer Entschließung erhob der Verbandstag Protest gegen jede grundsätzliche Entlassung von Arbeitern in der Reichsverfassung, die die Angestellten, die 10 und mehr Jahre beschäftigt sind, aber durch die Entlassungsbedingungen vor allem aus dem Reichswehr-Ministerium entlassen werden, in einem Reichsbetriebe untergebracht oder durch eine weitgehende Entschädigung abgefunden werden.

Der Bericht der Verbandsrat, daß der Artikel des Vorstehenden des Hauptverbandes Deutscher Ortsanwaltschaften Großdorf in Nr. 10 der Zeitschrift „Die Ortsanwaltschaft“ auf einheitlichen Widerspruch der Ortsanwaltschaften Angestellten getreten ist, wird durch den Artikel angegriffen wird, daß beschlachtet ist, die bestehende Reichsjustizverwaltung nicht anzuerkennen.

Ein einstimmiger Beschluß protestiert gegen den völlig ungenügenden Bericht der „Roten Fahne“ über den Beschluß in der Frage Moskau oder Amsterdäm. Jungblut (Berlin) erklärt, daß keiner der Delegierten Giebel oder einen ähnlichen Bericht überlassen habe. Darauf stellt Giebel ohne Widerspruch zu finden, daß der Bericht der „Roten Fahne“ eine aus dem Ringen gegangene Fälschung und bewußte Verfälschung der Tatsachen ist.

Bei der Satzungsberatung wurden weitgehende Änderungen nicht beschloßen. Der Sitz des Verbandsamtes wurde in Hamburg, der Sitz der Verbandskommissionen in Berlin, der Sitz der Ortsgruppen in Dresden, wurden 24 Delegierte gewählt. Ein Vorschlag wurde genehmigt; als Verbandsrat und Revisor wurden die alten Kollegen einstimmig wiedergewählt. Damit schloß die arbeitserische Tagung in später Abendstunden am Rebensten Tage.

Wird Gompers abgelehnt?

Bei dem noch in diesem Monat in Venedig stattfindenden Delegiertenkongress des amerikanischen Gewerkschaftsbundes steht ein erbitterter Kampf um die Führung des Bundes zu erwarten. Es heißt nach der F.R.S., daß John Lewis, der Präsident der United Mine Workers (Vereinigte Bergarbeiter) mit einem genügenden Rückhalt von Stimmen von dem Kongress abgewählt werden könnte. Die Delegierten des Bundes sind in Venedig, um dem Kongress beizutreten. Gompers selbst wird nicht teilnehmen. Die Delegierten des Bundes sind in Venedig, um dem Kongress beizutreten. Gompers selbst wird nicht teilnehmen. Die Delegierten des Bundes sind in Venedig, um dem Kongress beizutreten. Gompers selbst wird nicht teilnehmen.

Aus aller Welt.

Manenfest und U. S. P.

Ein Erwidrerwort sagt: Wenn zwei daselbe tun, so ist es nicht daselbe. Dieses Wort sollte allerdings unter Sozialisten keine Geltung haben. Aber dennoch scheint es so. In der „Mitteldeutschen Volkszeitung“ fanden wir vor einiger Zeit folgenden Bericht von der Generalversammlung der Dinkauer Unabhängigen. Er faßt folgenden Bericht: „In der am 10. Mai stattfindenden außerordentlichen Generalversammlung nahm die Dinkauer Genossen Stellung zu der Haltung der Stadtverordneten anlässlich der Ablehnung über die Bewilligung der 1000 Mark für das Manenfest. Nach einem eingehenden Referat des Genossen Müller (Buzgen) wurde folgender Beschluß gefaßt: „Die heutige außerordentliche Generalversammlung der U. S. P., Ortsgruppe Dinkau, erklärt, daß sie nicht damit einverstanden ist, daß die höchsten Kollegen 1000 Mark für das Manenfest bewilligt haben. Die Genossen und Genossinnen predigen die bestmögliche Erwartung aus, daß die Unabhängige Sozialdemokratische Fraktion für derartige Forderungen in Zukunft nicht wieder tritt.“

Einstimmig verlangte die Versammlung, daß die Mittel für Erneuerung der Siegesfäule anlässlich des Manenfestes abgelehnt werden. Dieser Beschluß wird recht eigentümlich an. Er befähigt, daß auch in jener Partei, die einst am bestmöglichen über die Parteipolitik schimpfte, Leute in Amt und Würden sind, die gern eine kühnen Militärereignisse mitmachen und zu diesem Zwecke Mittel bewilligen, die durch die Steuern aufgebracht werden müssen. Diese Tatsache beruhigt uns Sünder einigermaßen, daß man für solche Ritterlichkeiten und Spielereien hat die „Nostre-Partei“ noch nütigen Gelder bewilligt. Das hiebt der streng antimilitarischen und itamm revolutionären U. S. P. D. vorbestehen. Wir stellen das fest!

Sondergericht Wittenberg.

In der ersten Strafsache nehmen sechs Angeklagte auf der Anklagebank Platz und zwar die Neunarbeitnehmer Reinhold Krennd...

des Arbeiter Nikolaus Wehling, geb. am 22. 7. 1872, 2. besten Sohn Zimmermann Carl Wehling, geb. am 11. 7. 1897, 3. der...

aus Wehling bei ihm im Hause gewesen ist und zwar mit einem Gewehr. Auf die Frage des Verteidigers, ob er Kümmel auch bestimmt wiedererkennt...

Die Strafsache gegen den 33 Jahren alten Arbeiter Otto Wendke aus Sebnitz wird, da die Abmahnung weiterer Zeugen...

Walhalla-Theater. Täglich Gastspiel Gustav Bertram mit seiner Possengesellschaft. Marga Peter a. G. „Der Affenbaron.“

Ab morgen 9. Juni „Stauend billige Kinder-Stiefel“ Nur solange Vorrat! Grosse Posten „Niemand lasse sich dieses Angebot entgehen!“

Braun und schwarze Leder-Stiefel Grösse 13/21 29.50 Schwarz und braun verschiedene Lederarten mit witzigen Fehlern Grösse 20/22 34.50 Grösse 23/24 36.50 Grösse 25/26 39.50

Schuhhaus Roland, Steinweg 19. Schuhrtem Diamantine überstrahlt alle!

Lehrmeister-Bücherei! Nutzbbringende Hühnerzucht von Paul Hohmann. Handbuch der Bienezucht von J. Weigert. Nutzbbringende Kaninchenzucht von J. Schneider. Pferde- und Pferdehaltung von Dr. A. Carl.

Stadt-Theater. Donnerstag, d. 9. Juni. Angl. 7 1/2, Ed. 9 1/2, Uhr: Kain Ein mythisches Gedicht von Alois Wildgans. Freitag: Madame Butterfly.

Seiler- u. Bürstenwaren. Spez.: Wäscheleinen äusserst billig empfiehlt Richard Kahl, Merseburg, Neumarkt 10.

Dauerhafte Brieffaschen in prima Leder. allen Preislagen sehr preiswert. H. Krasemann. Lederwaren-Spezial-Geschäft nur Schmeerstr. 19.

Papst, Kaiser und Sozialdemokratie in ihren Friedensbemühungen im Sommer 1917. von Philipp Scheidemann. Preis 5.00 Mark. Buchhandlung Volksstimme. Grosse Ulrichstrasse 27.

Rob. Schmeisser Halle a. S., Gr. Märkerstr. 5 empfiehlt Unter- u. Oberleder für die Schuhmacher alle sämtl. Schuhmacher-Bedarfsartikel zu billigsten Preisen.

Oel-Wachs-Schuhputz Diamantine ist beste Friedensqualität. Man verlange Dosen mit eingelestem Zettel. Friede-Gewerkschaft.

Wanzen und Brut vertilgtrestlos nur Kammerjäger Berg's Nicolaas. Beste Zeit zur Brutvernichtung. Erhältlich in allen Drogerien und Apotheken und bei Karl Kubnt, Gr. Ulrichstrasse 51. sonst portofrei bei Herrmann G. Groessel, Berlin Königgrätzerstrasse 49. Für Wiederverkäufer! Lederpantoffeln (schweizer Fabrik) liefert aus bester Material in durchgehender und holzgeogelnt, mit ocker Futter, sowie gepolstert zu billigsten Preisen. Ständiges Lager in Lederhosen- und Spangenschuhen, Filzschuhen und Dackelstiefeln. Lederpantoffel-Versandhaus Steinweg 24. HALLE a. S. Steinweg 24.

Ein Posten Matratzen 19.50 3 teilig, mit Keilkissen. füllung: la. Alpengras Bezug: Reine Ware, kräftige Qualität Denkbar beste Verarbeitung. Brummer & Benjamin Gr. Ulrichstr. 22-24.

Halt Radfahrer! Billige Gummwoche. Verkauft von 8. 6. bis einschliesslich 14. 6. 1914. Prima Mäntel ... 45.- bis 65.- Mk. Prima Gebrügemäntel ... 75.- Mk. Extra Prima Schlüche 17.- bis 22.- Mk. Gummikeller, Streiberstr. 14. Versand nach auswärts unter Nachnahme.

Stellen finden. Zeitungsausträger(in) und Einzelverkäufer für M e r s e b u r g sofort gesucht. Zu melden bei Ernst Schlötte, Merseburg, Götze-Str. 22.

Auktion. Am 9. 6. vorm. 9 Uhr werden auf dem tiefsten Empfausschuppen die herrenlosen Güter öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigert. Vom 11 Uhr 2 Ballen Rohkaffee Staatsb. Öttersbergung.

Betriebs-Angelegenheiten.

Direkt 8 und 8. Heute abend 8 Uhr findet in der Bernhartshalle eine sehr wichtige Betriebsversammlung statt.

Hallischer Gewerkschafts- und Vereinskalender.

Donnerstag nachmittags 4 Uhr Betriebsversammlung in der Bernhartshalle.

Freitag nachmittags 4 Uhr Betriebsversammlung in der Bernhartshalle.

Sonntag nachmittags 4 Uhr Betriebsversammlung in der Bernhartshalle.

Montag nachmittags 4 Uhr Betriebsversammlung in der Bernhartshalle.

Dienstag nachmittags 4 Uhr Betriebsversammlung in der Bernhartshalle.

Mittwoch nachmittags 4 Uhr Betriebsversammlung in der Bernhartshalle.

Donnerstag nachmittags 4 Uhr Betriebsversammlung in der Bernhartshalle.

Freitag nachmittags 4 Uhr Betriebsversammlung in der Bernhartshalle.

Sonntag nachmittags 4 Uhr Betriebsversammlung in der Bernhartshalle.

Montag nachmittags 4 Uhr Betriebsversammlung in der Bernhartshalle.

Dienstag nachmittags 4 Uhr Betriebsversammlung in der Bernhartshalle.

Mittwoch nachmittags 4 Uhr Betriebsversammlung in der Bernhartshalle.

Donnerstag nachmittags 4 Uhr Betriebsversammlung in der Bernhartshalle.

Freitag nachmittags 4 Uhr Betriebsversammlung in der Bernhartshalle.

Sonntag nachmittags 4 Uhr Betriebsversammlung in der Bernhartshalle.

Montag nachmittags 4 Uhr Betriebsversammlung in der Bernhartshalle.

Dienstag nachmittags 4 Uhr Betriebsversammlung in der Bernhartshalle.

Mittwoch nachmittags 4 Uhr Betriebsversammlung in der Bernhartshalle.

Donnerstag nachmittags 4 Uhr Betriebsversammlung in der Bernhartshalle.

Freitag nachmittags 4 Uhr Betriebsversammlung in der Bernhartshalle.

Sonntag nachmittags 4 Uhr Betriebsversammlung in der Bernhartshalle.

Montag nachmittags 4 Uhr Betriebsversammlung in der Bernhartshalle.

Dienstag nachmittags 4 Uhr Betriebsversammlung in der Bernhartshalle.

Mittwoch nachmittags 4 Uhr Betriebsversammlung in der Bernhartshalle.

Donnerstag nachmittags 4 Uhr Betriebsversammlung in der Bernhartshalle.

Freitag nachmittags 4 Uhr Betriebsversammlung in der Bernhartshalle.

Sonntag nachmittags 4 Uhr Betriebsversammlung in der Bernhartshalle.

Montag nachmittags 4 Uhr Betriebsversammlung in der Bernhartshalle.

Dienstag nachmittags 4 Uhr Betriebsversammlung in der Bernhartshalle.

Mittwoch nachmittags 4 Uhr Betriebsversammlung in der Bernhartshalle.

Donnerstag nachmittags 4 Uhr Betriebsversammlung in der Bernhartshalle.

Freitag nachmittags 4 Uhr Betriebsversammlung in der Bernhartshalle.

Sonntag nachmittags 4 Uhr Betriebsversammlung in der Bernhartshalle.

Montag nachmittags 4 Uhr Betriebsversammlung in der Bernhartshalle.

D. W. B. erworbenen Rechte sichern will, lehre denen in der Verbandsleitung...

Die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarb.-Verb. Halle, den 8. Juni 1921.

Der Ausschluß der Sondergewerkschaft.

Sieben erhalten wir aus Stuttgart vom Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes...

Die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarb.-Verb. Halle, den 8. Juni 1921.

Der Ausschluß der Sondergewerkschaft.

Sieben erhalten wir aus Stuttgart vom Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes...

Die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarb.-Verb. Halle, den 8. Juni 1921.

„Nationaler Bergarbeiterverband“.

Am 5. Juni ist auf einer Konferenz in Halle eine neue Organisation, ein „Nationaler Bergarbeiterverband“...

Der Verband soll sich über das ganze Reich erstrecken...

Sehr jellem ist dabei, daß Winnefeld die Schaffung dieser „gelben Organisation“...

Zur Mitteldeutschland soll ein besonderer Gewerkschaftsbund...

Das die Vorkommnisse einer wachsenden Gemeinheitsarbeit...

Am dieser Bewegung aus ein geistiges Programm zu geben...

Am nicht gleich von vornherein auf zu großen Widerstand...

Zum 1. Vorhinein wurde Biefrich, Oberörslingen (Bez. Halle)...

Die nationalen Kreise scheint man viel Hoffnung auf eine...

Die Arbeitgeber werden ihre Freude an dieser weiteren...

Es wird sich bald genug herausstellen, daß der Verband...

Die Freigebung aber ist ein neuer Beweis dafür, wie...

Wegen die Bergarbeiter dafür sorgen, daß die gelben...

Gewerkschaft.

Getreu wurde gegen die sieben, noch jungen Angehörigen...

Die Freigebung aber ist ein neuer Beweis dafür, wie...

Wegen die Bergarbeiter dafür sorgen, daß die gelben...

Getreu wurde gegen die sieben, noch jungen Angehörigen...

Die Freigebung aber ist ein neuer Beweis dafür, wie...

Wegen die Bergarbeiter dafür sorgen, daß die gelben...

Getreu wurde gegen die sieben, noch jungen Angehörigen...

die so mannigfachen Führer darauf kontrollieren wollte...

Die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarb.-Verb. Halle, den 8. Juni 1921.

Die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarb.-Verb. Halle, den 8. Juni 1921.

Die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarb.-Verb. Halle, den 8. Juni 1921.

Die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarb.-Verb. Halle, den 8. Juni 1921.

Die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarb.-Verb. Halle, den 8. Juni 1921.

Die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarb.-Verb. Halle, den 8. Juni 1921.

Die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarb.-Verb. Halle, den 8. Juni 1921.

Die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarb.-Verb. Halle, den 8. Juni 1921.

Die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarb.-Verb. Halle, den 8. Juni 1921.

Die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarb.-Verb. Halle, den 8. Juni 1921.

Die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarb.-Verb. Halle, den 8. Juni 1921.

Die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarb.-Verb. Halle, den 8. Juni 1921.

Die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarb.-Verb. Halle, den 8. Juni 1921.

Die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarb.-Verb. Halle, den 8. Juni 1921.

Die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarb.-Verb. Halle, den 8. Juni 1921.

Die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarb.-Verb. Halle, den 8. Juni 1921.

Die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarb.-Verb. Halle, den 8. Juni 1921.

Die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarb.-Verb. Halle, den 8. Juni 1921.

Die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarb.-Verb. Halle, den 8. Juni 1921.

Die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarb.-Verb. Halle, den 8. Juni 1921.

Die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarb.-Verb. Halle, den 8. Juni 1921.

Die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarb.-Verb. Halle, den 8. Juni 1921.

Die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarb.-Verb. Halle, den 8. Juni 1921.

Die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarb.-Verb. Halle, den 8. Juni 1921.

Die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarb.-Verb. Halle, den 8. Juni 1921.

Die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarb.-Verb. Halle, den 8. Juni 1921.

Die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarb.-Verb. Halle, den 8. Juni 1921.

Die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarb.-Verb. Halle, den 8. Juni 1921.

Die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarb.-Verb. Halle, den 8. Juni 1921.

Die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarb.-Verb. Halle, den 8. Juni 1921.

